

## Wochendienst

Auswahl aus den Mitteilungen  
der vergangenen Woche

Nr. 42

vom 28. November 2008  
Redaktion: Katja Richardt

## Bundesrat

Mehr Fachkräfte für den Wirtschaftsstandort Deutschland .....3

## Inneres

Innensenator Christoph Ahlhaus kritisiert die Haftentlassung Christian Klars .....6

In Hamburg gibt es ab 1. Dezember die Führerschein-Prüfung flächendeckend am PC.....7

## Wirtschaft und Hafen

Senat beschließt starke Verkleinerung der Freizone .....8

Senator Axel Gedaschko weiht neuen Zweikammer-Recyclingofen von Hydro Aluminium  
Deutschland ein..... 10

Neue Informationsbroschüre der Hamburger Existenz-gründungsinitiative H.E.I..... 12

Wirtschaftssenator Axel Gedaschko zu den Arbeits-marktdaten im November 2008..... 13

„hamburger arbeit“ wird 25 Jahre alt..... 14

Ausgleich Altenwerder..... 15

## Bau und Verkehr

Autobahn ausgebaut – Natur zurück erobert ..... 17

Familienfreundliches Quartier Altona-Altstadt..... 19

## Umwelt

Weniger Emissionen von Kreuzfahrtschiffen .....21

UmweltPartnerschaft Hamburg setzt auf Klimaschutz .....22

Besser aufgestellt durch Umweltmanagement.....25

## Gesundheit

Wenn aus Spiel Sucht wird.....26

## Wissenschaft und Forschung

Meeres- und Klimaforschung als zentrale Zukunftsthemen der norddeutschen Länder .....28

## Kultur

Elbphilharmonie Hamburg Bau KG hat Nachtragsvereinbarung mit Hochtief und Herzog & de Meuron unterzeichnet..... 30

## Personen

Verabschiedung von Kai-Volker Öhrich als Landgerichtspräsident ..... 31

Oberlandesgerichtspräsidentin Erika Andreß zur Verabschiedung des Landgerichtspräsidenten Kai-Volker Öhrich..... 32

## Zur Information

Terminkalender ..... 33

27.11.2008/lv27

## Mehr Fachkräfte für den Wirtschaftsstandort Deutschland

In der 851. Sitzung am morgigen Freitag, 28. November 2008, ab 9.30 Uhr, wird der Bundesrat unter dem Vorsitz des Bundesratspräsidenten Peter Müller 42 Tagesordnungspunkte behandeln. An der Sitzung nehmen aus Hamburg neben dem **Ersten Bürgermeister Ole von Beust** auch **Justizsenator Dr. Till Steffen** und der **Bevollmächtigte der Freien und Hansestadt Hamburg beim Bund Staatsrat Carsten – Ludwig Lüdemann** teil.

## Hamburg fordert flexiblere Beschäftigungsmöglichkeiten für ausländische, geduldete Hochschulabsolventen

Deutschlands Position im internationalen Wettbewerb um hoch qualifizierte Fachkräfte soll gestärkt werden. Die Mindesteinkommensgrenze für die Erteilung einer Niederlassungserlaubnis an Hochqualifizierte von bislang 86.400 € soll deshalb auf die Beitragsbemessungsgrenze der allgemeinen Rentenversicherung von 63.600 € gesenkt werden. Es ist auch ein neuer Aufenthaltstitel vorgesehen, der Geduldeten einen sicheren Aufenthaltsstatus verschafft, wenn sie bestimmte berufliche Qualifikationen nachweisen können.

Hamburg unterstützt das Anliegen des Gesetzes, hält die vorgeschlagene Regelung aber punktuell für zu eng. In einem Antrag auf Anrufung des Vermittlungsausschusses fordert Hamburg deshalb auch dann Beschäftigungsmöglichkeiten für diese Hochschulabsolventen, wenn die Tätigkeit nicht konkret der jeweiligen Studienrichtung entspricht, vom Niveau her aber angemessen ist. Hamburg unterstützt zudem Anträge, die Mindesteinkommensgrenze für die Erteilung einer Niederlassungserlaubnis weiter zu senken (auf ca. 53.400 €) sowie die Mindestinvestitionssumme ausländischer Existenzgründer von 500.000 € auf 250.000 €.

**Staatsrat Carsten-Ludwig Lüdemann:** Das Ziel muss sein, qualifizierten ausländischen Hochschulabsolventen den Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt dort zu erleichtern, wo eindeutig Arbeitskräftemangel besteht. Dies ist auch ein Beitrag, die Wachstumspotentiale der deutschen Wirtschaft auszuschöpfen. Dies soll selbstverständlich nicht auf Kosten der Beschäftigungsmöglichkeiten einheimischer Arbeitnehmer gehen, sondern sich passgenau auf die Segmente im Arbeitsmarkt konzentrieren, in denen Bedarfslücken bestehen.“

## **Fortsetzung der Reformen am Arbeitsmarkt**

Hamburg unterstützt den Gesetzentwurf zur Neuausrichtung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente. Diese Instrumente sollen übersichtlicher gestaltet und die Maßnahmen effektiver werden.

Hamburg begrüßt zum Beispiel die Einführung eines Vermittlungsbudgets für eine individuelle, flexible und bedarfsgerechte Förderung vor Ort, fordert aber darüber hinaus zusammen mit den übrigen Ländern Nachbesserungen am Gesetzesentwurf. Erreicht werden soll eine größere Flexibilität des Instrumenteneinsatzes vor Ort und eine stärkere Ausrichtung auf die Förderung junger Menschen.

## **Stärkung des Katastrophenschutzes in Hamburg**

Der Gesetzentwurf der Bundesregierung sichert eine wirksame Katastrophenhilfe des Bundes zugunsten der Länder bei Großschadenslagen. Die Ressourcen, die der Bund für den Zivilschutz vorhält, sollen den Ländern auch bei Naturkatastrophen und anderen besonders schweren Unglücksfällen zur Verfügung stehen. Auf dieser Grundlage können die Länder weitere Ressourcen in ihre Katastrophenschutzplanung verlässlich einplanen. Zudem wird erstmals die Möglichkeit zentraler Koordinierungsmaßnahmen durch den Bund eröffnet. Das operative Krisenmanagement hingegen verbleibt bei den Ländern.

Vorgesehen sind ferner eine bundesweite Risikoanalyse, die der Bund zusammen mit den Ländern erstellt, eine Beratungs- und Unterstützungsfunktion des Bundes zugunsten der Länder beim Schutz kritischer Infrastrukturen sowie die Entwicklung von Standards und Rahmenkonzepten durch den Bund in Abstimmung mit den Ländern für großflächige Gefahrenlagen.

In seiner Stellungnahme fordert der Bundesrat mit den Stimmen Hamburgs vor allem bei der Entwicklung von übergreifenden Rahmenkonzepten ein weitergehendes Mitspracherecht der Länder gegenüber dem Bund. **Staatsrat Carsten-Ludwig Lüdemann:** „Der Gesetzentwurf schaffte eine neue und zeitgemäße rechtliche Basis für den Bevölkerungsschutz in Deutschland. Der Katastrophenschutz in Hamburg wird damit gestärkt, so dass auch neuen Bedrohungslagen noch effektiver begegnet werden kann.“

## **UN-Behindertenrechtskonvention stärkt die Rechte von Menschen mit Behinderung**

Hamburg unterstützt die Ratifizierung der UN-Behindertenrechtskonvention und stimmt dem entsprechenden Gesetzentwurf der Bundesregierung zu. Hierzu erklärt der **Justizsenator Dr. Till Steffen**: *„Die Konvention führt zu einer Stärkung der Rechte von Menschen mit Behinderung. Die Durchsetzung dieser Rechte könnte in Deutschland jedoch durch die fehlerhafte Übersetzung der Konvention erschwert werden. In der Übersetzung wurden zum Teil Formulierungen gewählt die hinter den Vorgaben der Konvention zurückbleiben.“*

Hamburg wird daher eine Erklärung im Bundesrat abgegeben, dass zwar eine Zustimmung erfolgt, diese jedoch in der Erwartung abgegeben wird, dass eine neue Übersetzung der Konvention erstellt wird. Die deutsche Übersetzung ist nicht der rechtlich verbindliche Text. Ebenso wird eine Überarbeitung der Denkschrift zur Konvention angeregt, da diese zur Auslegung der Konvention in Deutschland herangezogen werden wird und in dieser eine sehr einschränkende Interpretation der Konvention vorgenommen wurde.

## **Fahrgastrechte sollen gestärkt werden**

Der Bundesrat behandelt einen Gesetzentwurf, mit dem Fahrgastrechte im Eisenbahnverkehr gestärkt werden sollen. So sollen Bahnreisende künftig ein Viertel des Fahrpreises zurück erhalten, wenn sich ihr Zug um eine Stunde verspätet. Ab zwei Stunden Verspätung wird sogar eine Erstattung von fünfzig Prozent vorgesehen. Bei Unpünktlichkeit im Regionalverkehr können Fahrgäste einfacher auf andere Züge oder Taxis ausweichen. Der Gesetzentwurf setzt EU-Vorgaben vorzeitig in deutsches Recht um. Hamburg unterstützt dieses Vorhaben.

### **Für Rückfragen:**

**Klaus Harneit, stellv. Leiter der Landesvertretung  
Freie und Hansestadt Hamburg, Vertretung beim Bund  
Tel. 0 30 – 2 06 46-120  
[www.landesvertretung.hamburg.de](http://www.landesvertretung.hamburg.de)**

24. November 2008 / bfi24

## **Innensenator Christoph Ahlhaus kritisiert die Haftentlassung Christian Klars: „Unerträglich für die Opfer und deren Angehörige“**

**Hamburgs Innensenator Christoph Ahlhaus:** „Ich bedaure ausdrücklich, dass der zu lebenslanger Freiheitsstrafe verurteilte RAF-Terrorist Christian Klar aus der Haft entlassen wird. Christian Klar wurde für neun Morde verurteilt, sechs Taten davon hätten ihn für sich genommen lebenslang ins Gefängnis gebracht. Dass sich ein solch gewissenloser Gewaltverbrecher, der vielen Menschen unermessliches Leid zugefügt und sich bis heute nicht von seinen schweren Straftaten distanziert hat, bald wieder in Freiheit befindet, ist unerträglich – nicht nur für seine Opfer und deren Angehörige, sondern auch für unsere Gesellschaft, die er rücksichtslos bekämpft hat. Ich werde die Hörfunk- und Fernsehanstalten in einem Brief auffordern, Herrn Klar nicht auch noch in Talkshows und Interviews ein Forum zu bieten, um seine linksradikalen, aggressiven Angriffe gegen unseren Rechtsstaat öffentlich vor einem Millionenpublikum erneuern zu können. Es darf nicht sein, dass ein gnadenloser Terrorist durch hohe Gagen auch noch für seine Taten entlohnt und für seine Haft entschädigt wird.“

### **Für Rückfragen:**

Behörde für Inneres, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit,  
Marco Haase und Thomas Butter, Tel. 040 – 42839-2673 u. -2678  
Fax 040 – 42839-2797; E-Mail: [pressestelle@bfi-a.hamburg.de](mailto:pressestelle@bfi-a.hamburg.de)  
Internet: [www.hamburg.de/innenbehoerde](http://www.hamburg.de/innenbehoerde)

26. November 2008 / bfi26

## In Hamburg gibt es ab 1. Dezember die Führerschein-Prüfung flächendeckend am PC

Die Fragebögen auf Papier haben ausgedient – in ganz Hamburg startet die theoretische Führerscheinprüfung am PC für alle Klassen **am Montag, 1. Dezember 2008**. Bislang gab es die Möglichkeit der PC-Prüfung nur an drei Prüfungsstandorten und auch nur für die Führerscheinklassen A und B. Hamburg ist damit neben Berlin, Brandenburg und Bremen eines der ersten vier Bundesländer, welches flächendeckend PC-Prüfungen auf deutsch und in elf weiteren Fremdsprachen anbietet (Englisch, Französisch, Griechisch, Italienisch, Polnisch, Portugiesisch, Rumänisch, Russisch, Serbokroatisch, Spanisch und Türkisch). Die Prüfungen an bedienerfreundlichen PCs werden ab dem 01.12.2008 an sechs Standorten der TÜV Hanse GmbH in Hamburg durchgeführt. Die PC-Prüfung hat gegenüber dem alten Verfahren einige Vorteile:

- Die Prüflinge können sich am PC besser auf jede einzelne Aufgabe konzentrieren.
- Die Darstellung von Verkehrssituationen in Bildern wurde optimiert und vergrößert.
- Antworten können jederzeit während der Prüfung korrigiert werden.
- Die Prüfungsauswertung erfolgt elektronisch und damit fehlerfrei.
- Der Prüfling erfährt direkt im Anschluss, ob er bestanden hat oder nicht und in welchen Bereichen gegebenenfalls seine Defizite liegen.
- Die Variation der Antwortenreihenfolge in den Prüfungen wirkt dem Auswendiglernen der Prüfbögen entgegen, der Prüfling muss sich stärker inhaltlich mit dem Prüfungsstoff auseinandersetzen.
- Zusätzlich bietet die neue Hardware einen verbesserten Schutz gegen Prüfungsbetrug.

Insgesamt ist die Umstellung auf eine computergestützte theoretische Fahrerlaubnisprüfung ein Baustein zur Erhöhung der Kenntnisse und damit auch der Sicherheit im Straßenverkehr.

Im Internet unter [www.hamburg.de/innenbehoerde](http://www.hamburg.de/innenbehoerde) finden Sie einige Bilder der PC-Prüfung.

Für Detailfragen steht Ihnen als Ansprechpartner Hero Wilters, Geschäftsführer der Technischen Prüfstelle der TÜV Hanse GmbH, zur Verfügung. Tel.: 040 – 42858-5004, E-Mail: [hero.wilters@tuev-hanse.de](mailto:hero.wilters@tuev-hanse.de).

**Behörde für Inneres, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit**

Marco Haase und Thomas Butter, Tel. 040 – 42839-2678 u. -2673; Fax 040 – 42839-2797;

E-Mail: [pressestelle@bfi-a.hamburg.de](mailto:pressestelle@bfi-a.hamburg.de); Internet: [www.hamburg.de/innenbehoerde](http://www.hamburg.de/innenbehoerde)

25. November 2008/bwa24

## **Senat beschließt starke Verkleinerung der Freizone**

### **Senator Axel Gedaschko: Vorteile für Logistik, Hafen und Verkehr**

Der Senat wird beim Bund die Verkleinerung der Freizone beantragen. Mit dem heutigen Beschluss geht ein mehrjähriger Diskussionsprozess über die Zukunft der Freizone zu Ende, bei dem der Senat das Ziel verfolgt hat, Unternehmen, Verbände und Handelskammer durch Information, Befragung und Anhörung mit einzubeziehen.

Das heute beschlossene Vorhaben der Errichtung einer deutlich verkleinerten Freizone auf dem Kleinen Grasbrook geht auf eine Initiative der Handelskammer. Etwa 200 betroffene Unternehmen mit Sitz in der heutigen Freizone gehören nicht mehr zur künftigen Kleinen Freizone. Sie werden voraussichtlich ab dem 1. Januar 2011 die Zollbestimmungen eines Seezollhafens anzuwenden haben, wie dies bereits im übrigen Teil des Hamburger Hafens, in Rotterdam, Antwerpen oder anderen europäischen Häfen geschieht.

Die Neubewertung der Hamburger Freizone wurde für den Senat durch umfassende Veränderungen des hierfür maßgeblichen EU-Zollrechts, künftige logistische Herausforderungen und städtebauliche Entwicklungen erforderlich. Angesichts einer veränderten internationalen Sicherheitslage (Stichwort: Folgen der Anschläge des 11. September 2001) haben Weltzollorganisation und Europäische Union neue Rahmenbedingungen für die Kontrolle des grenzüberschreitenden Warenverkehrs gesetzt. Zollrechtliche Anmeldeverfahren sind künftig in allen EU-Häfen ungeachtet ihres zollrechtlichen Status gleichgestellt. Das zentrale Freizonenprivileg, die Anmelde- und Gestellungsbefreiung für Nicht-EU-Waren, soll ab Mitte 2009 entfallen.

Hintergrund: In der überwiegenden unternehmerischen Sicht wird die Freizone zunehmend als Hindernis wahrgenommen. Dies gilt besonders für die Logistikwirtschaft. Auch aus Gründen städtebaulicher Entwicklungsziele („Sprung über die Elbe“) ist die teilweise Aufhebung der Freizone von großer Bedeutung. So strebt der Senat z. B. an, rechtzeitig zur Zwischenpräsentation der Internationalen Bauausstellung (IBA) im Jahre 2010 im Bereich des südlichen Spreeufers den Zollzaun zu beseitigen.

**Wirtschaftssenator Axel Gedaschko:** „Hamburg gewinnt ein gutes Stück Souveränität und Handlungsfreiheit zurück. Die deutliche Verkleinerung der Freizone wird die logistische Leistungsfähigkeit des Hafens stärken und dazu beitragen, Hafenausbau, Ertüchtigung der Infrastruktur und städtebauliche Optionen zu realisieren, ohne dass dem aufwändige



zollrechtliche Verfahren oder Zollgrenzen entgegenstehen. Für die künftige wirtschaftliche Entwicklung unserer Stadt ist die heutige Entscheidung von großer Bedeutung. Den betroffenen Unternehmen bieten wir – gemeinsam mit der Zollverwaltung – Unterstützung für einen möglichst reibungslosen Übergang an.“

Der Senator unterstrich, dass die Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur im Hafen zu den Prioritäten des Senats zähle. Mit dem Neubau der Rethenbrücke, der Niedernfelder und Müggenburger Brücken werden bestehende Engstellen im Straßen- und Hafengebäudeverkehr behoben. Mit der Verkleinerung der Freizone und dem Wegfall der Wartezeiten an den Zollgrenzen wird eine wesentliche Entzerrung des Verkehrs erreicht. Für eine weitere Schwachstelle im Hafengebäudeverkehrsnetz nimmt die HPA Planungen in Angriff. Der komplizierte Knotenpunkt an der östlichen Köhlbrandbrücke, Neuhöfer Damm, Nippoldstraße muss ertüchtigt werden. Hier sind zusätzliche Verkehrswege geplant, ebenso eine Entflechtung der bestehenden Verkehrsstränge. Beim Ausbau dieses Knotenpunkts ist auch eine Anbindung des geplanten Containerterminals Steinwerder vorgesehen.

Nach Befassung der Bürgerschaft wird der Senat beim Bundesminister der Finanzen die Verkleinerung der Freizone beantragen. Dazu bedarf es eines Bundesgesetzes, dessen Verabschiedung nach Möglichkeit noch in der laufenden Legislaturperiode des Deutschen Bundestages erfolgen soll. Grundsätzlich wird der Abbau des Zollzauns erst ab dem Stichtag der Verkleinerung der Freizone am 1. Januar 2011 erfolgen können.

### **Infobox: Vom Freihafen zur Freizone**

Der im Zuge des Zollanschlusses Hamburgs an das Deutsche Reich im Jahre 1881 geschlossene Vertrag sah einen außerhalb des deutschen Reichszollgebietes liegenden umzäunten „Freihafen“ vor, der 1888 seiner Bestimmung übergeben wurde. Als Ausgleich für die Übertragung der Zollsouveränität an das Deutsche Reich erhielt Hamburg 40 Mio. Goldmark, die zum Bau der Speicherstadt verwendet wurden. Mit Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) wurde eine Zollunion zwischen den Mitgliedstaaten geschaffen. Zollrecht wurde europäisches Recht. Mit dem 2008 verabschiedeten modernisierten EU-Zollkodex wurde die letzte zollrechtliche Integration der Freizonen, die bereits 1994 begann und zur vollständigen Aufgabe nationaler Zoll- und Steuerprivilegien führte, abgeschlossen. Die Freizone Hamburg umfasst derzeit noch ca. 23 Prozent des Hafengebietes.

#### **Kontakt für Medienvertreter:**

Pressestelle der Behörde für Wirtschaft und Arbeit

Tel. (040) 42841- 1627, E-Mail: [bwa@pressestelle.hamburg.de](mailto:bwa@pressestelle.hamburg.de) Internet: [www.hamburg.de/bwa](http://www.hamburg.de/bwa)

25. November 2008/bwa25

## **Senator Axel Gedaschko weiht neuen Zweikammer-Recyclingofen von Hydro Aluminium Deutschland ein**

Der heute eingeweihte Zweikammer-Recyclingofen des Hamburger Werks von Hydro wird pro Jahr 50.000 Tonnen Aluminium recyceln können. Mit dem Ofen wird gebrauchtes Aluminium verwertet, um den Metallbedarf des Unternehmens flexibler abdecken zu können. Die Fertigstellung des Recyclingofens gehört zum Modernisierungs- und Ausbaukonzept von Hydro Aluminium.

Zusätzlich werden mit dem neuen Ofen Energiespareffekte erzielt. Mit der Inbetriebnahme des Zweikammer-Recyclingofens, der nur rund fünf Prozent der üblichen Primärerzeugungsenergie benötigt, werden im Vergleich zur primären Erzeugung von Aluminium rund 400.000 Tonnen CO<sub>2</sub>-Emissionen pro Jahr eingespart. Hiermit leistet Hydro Aluminium einen entscheidenden Beitrag zum Umweltschutz. Durch die Verarbeitung von Aluminiumschrott am Standort entfallen die sonst üblichen Transporte zu anderen Recyclingunternehmen.

Seit drei Jahrzehnten wird Aluminium in großen Mengen in Hamburg hergestellt. Fachkundige und engagierte Mitarbeiter verarbeiten es zu Blechen, Bändern und Platten für den Automobil- und Transportsektor, zunehmend auch für die Bau- und Freizeitindustrie. Zurzeit beschäftigt Hydro Aluminium Deutschland am Standort Finkenwerder – trotz harten Wettbewerbs – 640 Mitarbeiter.

**Senator Axel Gedaschko:** „Die positive Entwicklung der Hydro Aluminium am Standort Hamburg setzt ein wichtiges Zeichen: Um den Industriestandort ist es besser bestellt, als es viele Kritiker wahrhaben wollen. Die bislang positive Entwicklung der Industrie in Hamburg gilt es - trotz der negativen Auswirkungen der Finanzkrise – entschieden fortzusetzen und zu verstärken, denn Hamburg braucht auch in Zukunft eine wettbewerbsfähige Industrie. Ich werde mich weiterhin dafür einsetzen, dass der Industrie auch zukünftig verlässliche Rahmenbedingungen und gute Entwicklungschancen geboten werden.“

Eine starke Industrie trägt in hohem Maße zum wirtschaftlichen Wohlstand bei, da sie den Ausgangspunkt der Wertschöpfungskette bildet, von dem Handel und Dienstleistungen profitieren. Schließt man vor- und nachgelagerte Wirtschaftsbereiche ein, generiert ein Arbeitsplatz in der Industrie ein Vielfaches an Arbeitsplätzen insgesamt.

Kein anderer Wirtschaftszweig bildet über ein derart weites Leistungsspektrum hinweg Schulabgänger aus wie die Industrie. Mit dem Ausbau der Kapazitäten im Hafen sowie der Bereitstellung von Flächen für Logistikdienstleister wird zugleich den Bedürfnissen der Industrie Rechnung getragen.

Mit dem Masterplan Industrie hat die Freie und Hansestadt Hamburg in diesem Zusammenhang gemeinsam mit dem Industrieverband Hamburg und der Handelskammer ein richtungweisendes Instrument erarbeitet. Über Ressortgrenzen hinweg ist es gelungen, sich auf gemeinsame Leitlinien zu verständigen. Gegenstand des Masterplans Industrie sind die Bereiche Flächenmanagement, Verkehr, Forschung und Entwicklung, Vereinbarkeit von Ökonomie und Ökologie, Modernisierung der Verwaltung sowie Energieversorgung, Arbeitsmarktpolitik und industrieorientierte Clusterpolitik.

**Rückfragen:**

Pressestelle der Behörde für Wirtschaft und Arbeit

Tel.: (040) 42841 – 1627

Email: [Pressestelle@mwa.hamburg.de](mailto:Pressestelle@mwa.hamburg.de)

Internet: [www.hamburg.de/bwa](http://www.hamburg.de/bwa)

27. November 2008/bwa27

## „Informieren kommt vor Probieren“ - Neue Informationsbroschüre der Hamburger Existenz-gründungsinitiative H.E.I. vorgestellt

Wirtschaftssenator Axel Gedaschko hat heute die 5. Neuauflage der Informationsbroschüre „Informieren kommt vor Probieren“ für Existenzgründerinnen und Existenzgründer vorgestellt. Die neue Gestaltung mit übersichtlich präsentierten Informationen zu allen Fragen rund um die Selbständigkeit, verbunden mit zahlreichen Interviews erfolgreicher Hamburger Gründer gibt wertvolle Einblicke in Gründungsstrategien. Sie zeigt darüber hinaus Hilfestellungen durch die Expertinnen und Experten des Hamburger Gründungsnetzwerkes auf. Seit dreizehn Jahren bildet die Hamburger Existenzgründungsinitiative H.E.I. den Mittelpunkt des Hamburger Gründungsnetzwerkes. Sie ist eine Initiative der Behörde für Wirtschaft und Arbeit und der Hamburger Wirtschaft. Die Netzwerkpartner der H.E.I. wurden im Rahmen eines Senatsempfangs von **Wirtschaftssenator Axel Gedaschko** begrüßt. Sein Credo lautet: „Nur ein festes Fundament sichert langfristig den Erfolg einer Existenzgründung.“

Ob der Existenzgründung eine Innovation, eine Spezialisierungslücke, die Übernahme einer erfolgreichen Geschäftsidee oder eine Unternehmensnachfolge zugrunde liegt – zündende Ideen haben in der Gründerhochburg Hamburg immer eine Chance. Als wachsende Stadt bietet Hamburg Existenzgründerinnen und Existenzgründern eine gute Ausgangsposition für einen erfolgreichen Start in die Selbständigkeit. Unternehmensgründungen fördern wiederum das Wirtschaftswachstum in der Metropolregion. Dabei ist eine Existenzgründung eine echte Herausforderung. Das Berufsleben in die eigenen Hände zu nehmen heißt: sich informieren, Fragen stellen, weiterbilden, gestalten und entscheiden. Hamburg unterstützt diese kreativen Menschen, die mit ihren Ideen der Wirtschaft am Standort Hamburg neue Impulse geben.

**Senator Axel Gedaschko:** „Wir wollen die Menschen in Hamburg zum Schritt in die Selbständigkeit ermutigen. Denn neue Unternehmen sind eine Chance für die positive Entwicklung der Hamburger Wirtschaft.“

Die Broschüre ist über die **H.E.I. Hamburger Existenzgründungsinitiative** zu beziehen.

Rückfragen:

**Behörde für Wirtschaft und Arbeit,**

Michael Ahrens, Pressestelle

Tel.: (040) 42841-1627; Fax: 4279 41 055

Email: [pressestelle@bwa.hamburg.de](mailto:pressestelle@bwa.hamburg.de), Internet: [www.bwa.hamburg.de](http://www.bwa.hamburg.de)

**H.E.I.**

Herr Dirk Bachmann

Tel.: (040) 611 700 37, Fax: 611 700 99

Email: [d.bachmann@btg-hamburg.de](mailto:d.bachmann@btg-hamburg.de), Internet: [www.hei-hamburg.de](http://www.hei-hamburg.de)

27. November 2008/bwa27a

## **Wirtschaftssenator Axel Gedaschko zu den Arbeitsmarktdaten im November 2008**

### **Zahl der Arbeitslosen in Hamburg erneut zurückgegangen**

Die Zahl der Arbeitslosen ist weiter gesunken. Im November 2008 waren 69.362 Hamburger arbeitslos. Im Vergleich zum Oktober ist das ein Rückgang um 1,9 Prozent, im Vergleich zum Vorjahresmonat beträgt der Rückgang 7,1 Prozent. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten stieg im Vergleich zum Vorjahresmonat September 2007 um 3,4 Prozent an. Damit gibt es aktuell 815.000 sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze in der Hansestadt.

#### **Wirtschaftssenator Axel Gedaschko:**

„Wir finden eine grundsätzlich gute Situation auf dem Hamburger Arbeitsmarkt vor. Diese liegt vor allem in den Vorzügen des Wirtschaftsstandorts selbst begründet. Jetzt gilt es, den Hamburger Arbeitsmarkt mit Hilfe der EU, des Bundes und der norddeutschen Nachbarn gemeinsam so wetterfest wie möglich zu machen, wohl wissend, dass die Zahl der Arbeitslosen auch wieder ansteigen wird. Erfreulicherweise gibt es aktuell 20.000 offene Stellen in Hamburg. Nach wie vor stellen diese einen guten Puffer für den Arbeitsmarkt dar.“

#### **Rückfragen:**

Pressestelle der Behörde für Wirtschaft und Arbeit

Tel.: (040) 42841-1627

Email: [Pressestelle@bwa.hamburg.de](mailto:Pressestelle@bwa.hamburg.de)

Internet: [www.hamburg.de/bwa](http://www.hamburg.de/bwa)

28. November 2008/bwa28

## „hamburger arbeit“ wird 25 Jahre alt

### **Wirtschaftssenator Axel Gedaschko: Arbeit und Qualifizierung sind und bleiben die wirksamsten Angebote gegen Arbeitslosigkeit**

Im November 1983 wurde die Hamburger Arbeit-Beschäftigungsgesellschaft (HAB) durch Senat und Bürgerschaft gegründet. Die „hamburger arbeit“ war die bundesweit erste Beschäftigungsgesellschaft, die arbeitslose Sozialhilfeempfänger sozialversicherungspflichtig beschäftigte und damit Zugang zu weiteren Förderinstrumenten ermöglichte. In den vergangenen 25 Jahren führte die „hamburger arbeit“ viele befristete Arbeitsangebote für Langzeitarbeitslose durch. Das Unternehmen hat sich den jeweils veränderten arbeitsmarktpolitischen Rahmenbedingungen strukturell und programmatisch angepasst. Tausende Hamburger haben das Unternehmen mit seinen Angeboten seit 1983 erfolgreich durchlaufen. Die HAB war auch erfolgreich als Dienstleister für die ARGE tätig, etwa bei der Unterstützung von Aktivjobs (Ein-Euro-Jobs). Seit Januar 2005 integrierte allein [team.arbeit.hamburg](http://team.arbeit.hamburg) 90.000 erwerbsfähige Hilfebedürftige in den Arbeitsmarkt. Durch die erfolgreichen Förderinstrumentarien der Arge erhalten Arbeitslose wieder eine realistische Chance auf eine Wiedereingliederung in den allgemeinen Arbeitsmarkt. Mit dem Übergang der Aktivjob-Vermittlung (Ein-Euro-Jobs) auf die Hamburger ARGE (Hamburger Arbeitsgemeinschaft SGB II) zum 1. Januar 2009 wird sich das öffentliche Unternehmen neben den bewährten Tätigkeitsfeldern auch neuen Aufgaben und Herausforderungen des Arbeitsmarktes stellen. Hierzu wurde „MISTRAL“, eine bundesweit anerkannte Software für die Vermittlung und Abrechnung der Aktivjobs entwickelt.

Zur weiteren Zukunft der „hamburger arbeit“ erklärte **Wirtschaftssenator Gedaschko**: „Die „hamburger arbeit“ wird eine stabile Perspektive haben, wenn es gelingt, ein tragfähiges Zielbild für die Zukunft zu entwickeln, bei dem sowohl der Nutzen für die Kunden als auch der Vorteil für die Freie und Hansestadt Hamburg deutlich werden. Eine Bestandsgarantie für die HAB kann ich nicht geben, wohl aber meine Bereitschaft anbieten, konstruktiv und kreativ an einer Neuausrichtung der Gesellschaft zu arbeiten. Den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen und der Geschäftsführung danke und gratuliere ich für 25 Jahre erfolgreiche Arbeit für Auszubildende und Arbeitslose.“

#### **Rückfragen:**

Pressestelle der Behörde für Wirtschaft und Arbeit

Tel.: (040) 42841-1627

Email: [Pressestelle@bwa.hamburg.de](mailto:Pressestelle@bwa.hamburg.de), Internet: [www.hamburg.de/bwa](http://www.hamburg.de/bwa)

28. November 2008/bsubwa28

## Ausgleich Altenwerder

### Einigung vor Gericht: 24 Millionen Euro für Naturschutz

Der Plan für die Hafenerweiterung in Altenwerder war bereits Ende Mai 1995 festgestellt worden. Die Fläche wird für eines der weltweit modernsten Containerterminals genutzt. Ihm mussten damals große wertvolle Naturflächen wie Grünland, verwilderte Gärten, Röhrichte, Gewässer, Gräben, Gebüsche und Uferbereiche weichen. Für diesen Eingriff in die Natur muss nach dem Naturschutzgesetz Ausgleich geschaffen werden, Natur muss an anderer Stelle wiederhergestellt oder durch gleichwertige Biotope ersetzt werden. Deshalb setzte die Behörde für Wirtschaft und Arbeit (BWA) 2000 eine naturschutzrechtliche Ausgleichsabgabe in Höhe von umgerechnet 18,1 Millionen € fest. Dagegen hatte der BUND Hamburg geklagt.

**Heute ist ein sieben Jahre langer Rechtsstreit um diese Ausgleichsabgabe mit einem gerichtlichen Vergleich beendet worden. Außer BUND und BWA war noch die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (BSU) beteiligt. Im Vergleich erklärt sich Hamburg bereit, über die festgesetzte Ausgleichsabgabe hinaus weitere 5,9 Millionen € zu zahlen. Im Gegenzug zieht der BUND alle Klagen gegen die Hafenerweiterung Altenwerder zurück. Ein Teil des Geldes soll in eine neue Naturschutzstiftung fließen.**

Diese 5,9 Millionen € werden von der BSU an eine noch zu gründende Treuhandstiftung weitergegeben. Hierzu laufen derzeit mit der „Stiftung Naturschutz Hamburg und Stiftung Loki Schmidt“ Gespräche, um bereits Anfang 2009 die Arbeit aufnehmen zu können. Die Zahlung an die Stiftung wird an die Bedingung geknüpft, dass das Geld entsprechend den gesetzlichen Vorgaben für Naturausgleichsmaßnahmen eingesetzt wird. Über die Verwendung der Gelder entscheidet die neue Stiftung durch ein Gremium, das durch den BUND Hamburg, die Stiftung Naturschutz und die BSU besetzt wird. Die Vertreter der Stadt werden in diesem Gremium die Einhaltung der gesetzlichen Zweckbestimmung überwachen.

**Wirtschaftssenator Axel Gedaschko:** "Mit dem Vergleich wird die Hafenerweiterung in Altenwerder endgültig rechtlich abgeschlossen. Gleichzeitig werden die Finanzmittel für die seit langem ausstehende naturschutzrechtliche Kompensation bereitgestellt. Wenn die Stadt den Prozess gegen den BUND bis zur letzten Instanz hätte fortsetzen müssen, hätte der Streit noch Jahre gedauert. Von dem Vergleich profitieren beide Seiten gleichermaßen."

**Umweltsenatorin Anja Hajduk:** „Der Vergleich ist ein großer Erfolg für den Naturschutz in Hamburg. Für die ursprünglich festgesetzten 18,1 Millionen € Ausgleichsabgabe wird die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt Naturschutzmaßnahmen umsetzen.“

**Hintergrund:**

Als Ausgleich für die Hafenerweiterung Altenwerder war ursprünglich die Öffnung der Alten Süderelbe geplant. Der Senat nahm davon jedoch wegen komplizierter Eigentumsverhältnisse vor Ort Abstand. Nach langer Alternativen-Suche setzten die beiden Behörden schließlich mit einem Planänderungsbeschluss 2001 zwei Punkte fest: als Ersatzmaßnahme vor Ort die Entwicklung von 100 ha Grünland im Naturschutzgebiet Moorgürtel zu artenreichen Feuchtwiesen und zusätzlich eine finanzielle Ausgleichsabgabe in Höhe von 35 Millionen DM (entspricht 18,1 Millionen €). Dagegen erhob der BUND Hamburg Klage vor dem Hamburger Verwaltungsgericht. Begründung: die vorgesehene Ersatzmaßnahme sei nicht ausreichend und statt der Ausgleichsabgabe hätten weitere reale Ersatzmaßnahmen umgesetzt werden sollen.

Wegen der großen Bedeutung des Naturschutzgebiets Moorgürtel für Hamburg und als EU-Vogelschutzgebiet setzte die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt die dortigen Ersatzmaßnahmen aber trotz der BUND-Klage um. Die Ausgleichsabgabe wurde wegen des finanziellen Risikos, dass der Planfeststellungsbeschluss vom Gericht aufgehoben werden könnte, nicht ausgezahlt.

Da die Klage des BUND Hamburg in erster Instanz abgewiesen wurde, legte er 2002 beim Oberverwaltungsgericht Berufung ein. Das empfahl dann im Oktober 2008 den streitenden Parteien eine Einigung durch Vergleich. Begründung: Die Ausgleichsabgabe sei zu niedrig berechnet worden. Daraufhin hat der Senat am 25. November 2008 über die bisher vorgesehene Höhe von 18,1 Millionen € hinaus zusätzliche Finanzmittel für den Ausgleich der Hafenerweiterung in Altenwerder zur Verfügung gestellt und damit die Voraussetzung für eine gütliche Einigung mit dem BUND geschaffen.

Auf dieser Grundlage wurde der Rechtsstreit heute beim Oberverwaltungsgericht Hamburg beendet. Der Vergleich beinhaltet: Hamburg zahlt zusätzlich zur ursprünglich festgesetzten Ausgleichsabgabe von 18,1 Millionen € weitere 5,9 Millionen € in das sogenannte Sondervermögen "Naturschutz und Landschaftspflege" ein (in dieses Vermögen müssen in Hamburg private und öffentliche Unternehmen Kompensationszahlungen für den Verbrauch von Naturflächen nach den Vorgaben des Bundesnaturschutzgesetzes einzahlen). Gleichzeitig zieht der BUND Hamburg alle seine Klagen gegen die Hafenerweiterung in Altenwerder zurück.

**Kontakt: Wirtschaftsbehörde:** Michael Ahrens, 040-42841-1627, [michael-ahrens@bwa.hamburg.de](mailto:michael-ahrens@bwa.hamburg.de)

**Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,** Volker Dumann, 040-428.40-3249, [volker.dumann@bsu.hamburg.de](mailto:volker.dumann@bsu.hamburg.de)



24. November 2008/bsu24

## **Autobahn ausgebaut – Natur zurück erobert**

Nach knapp fünf Jahren Bauzeit wurde heute die auf sechs Spuren verbreiterte A 1 zwischen der Anschlussstelle Hamburg-Billstedt und dem Autobahndreieck Hamburg-Südost offiziell dem Verkehr übergeben. Anja Hajduk, Senatorin für Stadtentwicklung und Umwelt und der Parlamentarische Staatssekretär des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Ulrich Kasparick, stellten außerdem die zeitgleich fertig gestellte ökologische Ausgleichsmaßnahme auf der Billwerder Insel vor.

Anja Hajduk: „Beim Ausbau der Infrastruktur dürfen wir die Bedürfnisse der Natur nicht aus den Augen verlieren. Dies ist stets ein Spagat, den wir versucht haben mit den ökologischen Ausgleichsmaßnahmen zu überwinden.“

Ulrich Kasparick: „Mit dem Ausbau einer der wichtigsten Nord-Süd-Verbindungen im norddeutschen Raum ist es gelungen, ein Nadelöhr im transeuropäischen Straßenverkehr aufzulösen.“

Neben dem Bau der zusätzlichen Fahrspuren wurden die vorhandenen Fahrbahnen im Ausbauabschnitt grundinstandgesetzt. Umgebaut bzw. erneuert wurden darüber hinaus 40 Bauwerke wie Brücken, Tunnel und Lärmschutzwände. Insgesamt betragen die Kosten des Autobahnausbaus rund 106 Mio. Euro.

Als Ausgleich für die baulichen Eingriffe in Natur und Landschaft entstehen Süßwasserwattflächen auf der Billwerder Insel. Sie liegt am Kaltehofer Hauptdeich und grenzt an den Holzhafen sowie im Süden an die A 1. Ursprünglich war es eine Insel im Stromteilungsgebiet der Elbe. Die Nutzung der Flächen durch Menschen wurde im 19.Jh. durch Eindeichung intensiviert, seit den 1990er Jahren liegen die Flächen brach.

Um einen vielfältigen Lebensraum des Elbeästuars zu schaffen, wurde der Einfluss von Ebbe und Flut auf der ungenutzten Insel wieder zugelassen, indem der nördliche Deich der 2. Hochwasserschutzlinie abgetragen wurde. Gleichzeitig wurde an der südlichen Begrenzung der Insel an der Autobahn A1 für den Hochwasserschutz ein neuer Deich errichtet. Im Januar 2008 begannen die vorbereitenden Arbeiten. Bei cirka einem Drittel der

Fläche wurde der Aufwuchs entfernt und der Oberboden abgeschoben. Damit waren die Voraussetzungen für die Entwicklung von wertvollen Süßwasserwattflächen geschaffen. Sie ergänzen die Wattflächen des angrenzenden Holzhafens, der Nahrungs- und Rastlebensraum für seltene Wasservögel wie Löffelente und Krickente ist. Die höher gelegenen Flächen sollen sich zu einer natürlichen Uferzone mit Röhricht und Auwald entwickeln. Neben Weiden und Schilf sollen sich hier seltene Pflanzen wie der Schierlingswasserfenchel und die Sumpfdotterblume ansiedeln.

Jetzt hat die Elbe mit Ebbe und Flut wieder das Sagen auf der Insel. Das nützt nicht nur seltenen Pflanzen und Tieren, sondern bringt auch Vorteile für die Elbe, da Röhricht und Watt Schadstoffe aus dem Wasser filtern und die Elbe mit Sauerstoff versorgen. Es wird spannend sein, wie sich die Fläche von einer reinen Landfläche zu einem Flachwasserlebensraum entwickeln wird. Erholungssuchende und Naturliebhaber können das Geschehen vom Kaltehofer Hauptdeich aus beobachten.

#### Rückfragen:

Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, Pressestelle  
Tel.: 42840 –/ 2058 / 2051/ 3249 / 3063, Fax: 42840 – 3735  
e-mail: [pressestelle-stadtentwicklung@bsu.hamburg.de](mailto:pressestelle-stadtentwicklung@bsu.hamburg.de)  
[www.bsu.hamburg.de](http://www.bsu.hamburg.de)

25.11.2008/bsu25

## Familienfreundliches Quartier Altona-Altstadt

Ein modernes Schwimmbad, eine neue Ganztagsgrundschule mit Sportstätten, mehr als 160 überwiegend familiengerechte Wohnungen und ein Grünzug, der wieder gern von den Menschen genutzt wird, das sind die Schwerpunkte des Projektes „Familienfreundliches Quartier Altona-Altstadt“. Erstmals ist in Hamburg ein gesamtes Quartier familienfreundlich geplant und gestaltet worden. Über den Stand der Umsetzung des 2006 beschlossenen Programms hat der Senat jetzt berichtet. Die einzelnen Bausteine des Gesamtprojektes befinden sich im Rahmen der 2006 beschlossenen Kosten- und Finanzierungsansätze.

Auf dem Gelände der ehemaligen Schule Chemnitzstraße entstehen 165 Wohnungen, teils in dem unter Denkmalschutz stehenden Schulgebäude, teils als Neubauten. Im Sommer 2008 ist die Fläche Virchowstraße / Chemnitzstraße / Thedestraße einem Bauträger, eine Teilfläche an der Thedestraße einer Baugemeinschaft anhand gegeben worden. Geplant sind Eigentumswohnungen, Baugemeinschaften sowie Miet- und Genossenschaftswohnungen mit unterschiedlichen Wohnungsgrundrissen und –größen. Die für den Stadtteil typische Blockrandbebauung gruppiert sich um einen grünen, autofreien Hof, in dem Stadt-Reihenhäuser mit Garten- und Dachmaisonetten vorgesehen sind. Bestehende kulturelle und soziale Nutzungen bleiben erhalten, das geplante Museum der Künstlergruppe „Die Schlumper“ wird ebenfalls berücksichtigt.

Das familienfreundliche Quartier Altona-Altstadt erfüllt in beispielhafter Weise die Klimaschutzpolitische Anforderung der Stadt der kurzen Wege. Auch die Neubauten werden im energieeffizienten Niedrigenergie- und Passivhaus-Standard errichtet.

Die Ganztagsgrundschule und eine neue Turnhalle an der Thedestraße sind fertig gestellt. Über die schulische Nutzung hinaus stehen die Räumlichkeiten auch für ein vielfältiges kulturelle Bildungsangebot und andere Stadtteilaktivitäten zur Verfügung.

Das neue Schwimmbad mit großzügigen Außenanlagen und einer Tiefgarage an der Holstenstraße /Govertsweg wird Anfang 2009 mit einem speziellen Angebot für Kinder und Familien den Betrieb aufnehmen.

Für den Grünzug Neu-Altona hat der Bezirk einen Ideenwettbewerb ausgelobt, der im Juli 2007 entschieden worden ist. Im angrenzenden Walter-Möller-Park sind qualitative Verbesserungen geplant. Auf der Grundlage der Wettbewerbsergebnisse wird weiter geplant.

#### Weitere Schritte

Für das Quartier wird jetzt ein Verkehrskonzept erarbeitet. Ein wesentlicher Aspekt ist die Anordnung des ruhenden Verkehrs. Für den Wohnungsbau ist eine gemeinsame Tiefgarage vorgesehen, so kann der Blockinnenbereich autofrei gestaltet werden.

Im Rahmen der Aktiven Stadtteilentwicklung und des Bund-Länder-Programms „Die soziale Stadt“ werden weitere Stadtteilentwicklungsmaßnahmen vorbereitet.

#### Rückfragen:

Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, Pressestelle  
Tel.: 42840 – 2058 / 3249 / 2051/ 3063, Fax: 42840 – 3735  
e-mail: [pressestelle-stadtentwicklung@bsu.hamburg.de](mailto:pressestelle-stadtentwicklung@bsu.hamburg.de)  
[www.bsu.hamburg.de](http://www.bsu.hamburg.de)

24. November 2008/pr24

## Weniger Emissionen von Kreuzfahrtschiffen

### Germanischer Lloyd legt Gutachten vor

Der Germanische Lloyd hat ein Gutachten zur „Verringerung der Emissionen von Kreuzfahrtschiffen in Hamburg“ erstellt. Dieses war vor dem Hintergrund der in Hamburg kontinuierlich wachsenden Zahl von Kreuzfahrtschiffanläufen von der Behörde für Wirtschaft und Arbeit in Auftrag gegeben worden. Ziel ist es, die Möglichkeiten zur Senkung von Schiffsemissionen während der Liegezeit aufzuzeigen und zu bewerten. Die Studie beschreibt und bewertet den Entwicklungsstand einzelner Technologien. Untersucht wurden die Landstromversorgung, der Einsatz von Gas als Schiffstreibstoff, die Abgasreinigung und der Einsatz von Brennstoffzellen.

Da die Landstromversorgung aus technischer Sicht als derzeit beste Möglichkeit zum Ersatz von dieselbetriebenen Schiffsmotoren erscheint, ist aus Sicht der Gutachter eine Lösung denkbar, die eine freiwillige Vereinbarung mit den Reedereien vorsieht, deren Schiffe Hamburg häufig anlaufen. Angesichts erheblicher Investitionen ist den Reedereien ein Anreiz zu bieten, sich an solchen Lösungen zu beteiligen. Darüber hinaus gilt ab 1. Januar 2010 während der Liegezeit im Hafen ein schärferer Grenzwert von 0,1% für den Schwefelgehalt von Schiffstreibstoffen (bislang 1,5%). Es ist davon auszugehen, dass dies zu einer Senkung der Schwefeldioxid- und Staubemissionen führen wird.

Hamburg engagiert sich als wichtiger Basishafen vieler Kreuzfahrtschiffe ganz besonders für die Weiterentwicklung umweltverträglicher Alternativen zur Energieversorgung von Kreuzfahrtschiffen. Das Gutachten bietet eine ausführliche Sachinformation zum Thema und liefert wertvolle Anregungen, wie der Schadstoffausstoß der Schifffahrt in Hamburg vermindert werden kann. Vor diesem Hintergrund wird neben dem Landstromanschluss auch die Idee einer landseitigen Gasversorgung an den Kreuzfahrtterminals vom Senat geprüft.

Zum Gutachten: [www.hamburg.de/europa](http://www.hamburg.de/europa)

Rückfragen: Pressestelle des Senats, Tel: 4 28 31 2241-2244

25. November 2008/bsu25a



Wir machen mit!

Handwerkskammer  
Hamburg



UNTERNEHMENSVERBAND  
HAFEN HAMBURG E.V.

INDUSTRIEVERBAND HAMBURG E.V.  
Landesvertretung Hamburg  
Bundesverband der Deutschen Industrie e.V.



HK  
Handelskammer  
Hamburg

## UmweltPartnerschaft Hamburg setzt auf Klimaschutz

Im Oktober 2007 vereinbarten der Senat der Freien und Hansestadt Hamburg und die Handelskammer, die Handwerkskammer, der IVH-Industrieverband und der Unternehmensverband Hafen Hamburg, dass die UmweltPartnerschaft Hamburg um weitere fünf Jahre bis zum 31. März 2013 fortgeführt wird. Mit dem heute vorgestellten Arbeitsprogramm 2008 -2013 konkretisieren die Träger der UmweltPartnerschaft die inhaltliche Fortentwicklung der Vereinbarung. Das ausgehandelte neue Arbeitsprogramm ersetzt mit seinen neuen Themenschwerpunkten im Bereich Klimaschutz die Inhalte der alten Vereinbarung von 2003.

**Umweltsenatorin Anja Hajduk:** „Mit dem heute vorgelegten neuen Arbeitsprogramm weiten wir unsere Angebote rund um Klima- und Ressourcenschutz erheblich aus. Sie reichen von kostenlosen Beratungen zur Verbesserung der betrieblichen Energieeffizienz sowie der Förderung von Investitionen in klima- und ressourcenschonende Maßnahmen bis zum Wissens- und Erfahrungsaustausch im Netzwerk der UmweltPartnerschaft. Dadurch wollen wir die Zahl der Unternehmen, die sich freiwillig im Umweltschutz engagieren, in einer gemeinsamen Kraftanstrengung deutlich steigern.“

Der Unternehmensverband Hafen Hamburg e.V. (UVHH) begrüßt die Fortsetzung der UmweltPartnerschaft um weitere fünf Jahre. **Norman Zurke, Geschäftsführendes Präsidiumsmitglied des UVHH:** „Das neu aufgelegte Arbeitsprogramm bietet für Hafenunternehmen die Chance, durch gezielte Beratungs- und Förderprogramme weitere

Potenziale zur Ressourcenschonung zu erkennen und zu nutzen. Wir werden den eingeschlagenen Weg fortsetzen und uns auch zukünftig aktiv am Klimaschutz beteiligen.“

**Frank Horch, Präses der Handelskammer Hamburg**, sagte zum neuen Arbeitsprogramm der UmweltPartnerschaft: "Die Hamburger Wirtschaft hat in den zurückliegenden fünf Jahren bewiesen, dass Ökonomie und Ökologie kein Widerspruch sind, sondern erfolgreich miteinander verknüpft werden können. Mit inzwischen über 1.500 erbrachten Einzelleistungen von Unternehmen innerhalb der UmweltPartnerschaft kann die Vereinbarung von 2003 wahrlich als Erfolgsmodell bezeichnet werden. Daher lassen wir uns für die Zukunft gerne auf noch ehrgeizigere Ziele ein."

„Das neue Arbeitsprogramm zeigt die Stärke des kooperativen Umweltschutzes. Stadt, Kammern und Verbände bringen dabei gemeinsam ihr Know-how ein, um die Betriebe mit maßgeschneiderten Angeboten zu unterstützen“, betonte **Peter Becker, Präsident der Handwerkskammer Hamburg**. „Die Vollversammlung der Handwerkskammer hat daher einstimmig für den Entwurf des neuen Arbeitsprogramms gestimmt.“ **Frank Glücklich, Hauptgeschäftsführer der Handwerkskammer Hamburg** ergänzte: „Erste Erfolge sind bereits sichtbar. Allein unser neuer Service der aufsuchenden Energieeffizienzberatung ZEWUmobil hat in den zurückliegenden sechs Monaten mehr als 220 Betriebe an die Förderangebote der UmweltPartnerschaft herangeführt. Wir hoffen, dass in den nächsten fünf Jahren noch deutlich mehr Handwerksbetriebe ihre Marktchancen erkennen und den Klimaschutz aktiv mit voranbringen.“

**Hans-Theodor Kutsch, stellvertretender IVH-Vorsitzender und Vorsitzender der Geschäftsführung Albis Plastic GmbH**: "Die UmweltPartnerschaft Hamburg zeigt seit Jahren, dass sich die Interessen von Industrie und Ökologie nicht widersprechen müssen. Der freiwillige, kooperative Umweltschutz der UmweltPartnerschaft Hamburg ist ein Erfolgsfaktor für unseren Standort. Hamburger Unternehmen und die Umwelt profitieren von finanzieller Förderung von Energieeffizienzmaßnahmen, günstigen Beratungsleistungen, einer verbesserten Informationslage und einem starken Netzwerk. Mit dem Arbeitsprogramm setzen sich alle Beteiligten ehrgeizige Ziele. Der IVH wird sich weiterhin aktiv für die Umsetzung der Maßnahmen für die Unternehmen, den Standort und die Umwelt einsetzen

Der nächste Termin unter dem Dach der UmweltPartnerschaft Hamburg findet schon übermorgen, am kommenden Donnerstag, statt. Dann zeichnen Umweltsenatorin Anja Hajduk und Handwerkskammerpräsident Peter Becker acht Hamburger Betriebe aus, die sich erfolgreich am Programm „Qualitätsverbund umweltbewusster Betriebe“ beteiligt haben. Dieser Verbund stellt ein Umwelt- und Qualitätsmanagementsystem dar, das 2006 speziell für kleine Handwerks- und Gewerbebetriebe entwickelt wurde. Es soll helfen, mit Ressourcen schonender zu wirtschaften, Betriebskosten zu sparen und gleichzeitig Umwelt und Klima zu schonen (siehe auch Einladung der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt vom 24-11-08).

**UmweltPartnerschaft Hamburg:** Das Bündnis von Senat und Wirtschaft kombiniert die Einsparung von Ressourcen und die Verringerung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes mit der Senkung von Betriebskosten. So werden Umwelt- und Klimaschutz im Betrieb und die Wettbewerbsfähigkeit der Hamburger Unternehmen gestärkt. Derzeit engagieren sich rund 1.500 Unternehmen im freiwilligen Umweltschutz. Allein durch das Förderprogramm „Unternehmen für Ressourcenschutz“ werden inzwischen pro Jahr rund 85.000 t CO<sub>2</sub> eingespart. Mehr: [www.umweltpartnerschaft.hamburg.de](http://www.umweltpartnerschaft.hamburg.de)

Kontakte:

**Handelskammer Hamburg,** Dr. Jörn Arfs, 040-361 38 - 301, [joern.arfs@hk24.de](mailto:joern.arfs@hk24.de)

**Handwerkskammer:** Heinz Oberlach, 040-35 905-227, [hoberlach@hwk-hamburg.de](mailto:hoberlach@hwk-hamburg.de)

**IVH-Industrieverband Hamburg e.V.:** Marc März, 040-63 78 - 41 50, [Marc\\_Maerz@BDI-Hamburg.de](mailto:Marc_Maerz@BDI-Hamburg.de)

**Unternehmensverband Hafen Hamburg,** Ina Luderer, 040-37 89 09 68, [ina.luderer@uvvh.de](mailto:ina.luderer@uvvh.de)

**Behörde f. Stadtentwicklung und Umwelt,** Volker Dumann, 040-428.40-3249, [volker.dumann@bsu.hamburg.de](mailto:volker.dumann@bsu.hamburg.de)



27. November 2008/bsu27a



*Wir machen mit!*

Handwerkskammer  
Hamburg



## Besser aufgestellt durch Umweltmanagement

Kleine und mittlere Betriebe punkten mit „QuB“

Umweltsenatorin Anja Hajduk und Handwerkskammerpräsident Peter Becker haben heute acht Hamburger Betriebe ausgezeichnet, die erfolgreich am Programm „Qualitätsverbund umweltbewusster Betriebe“ teilgenommen haben.

Der „Qualitätsverbund umweltbewusster Betriebe“ (QuB) ist ein Umwelt- und Qualitätsmanagementsystem, das speziell für kleine Handwerks- und Gewerbebetriebe entwickelt und Anfang 2006 in Hamburg eingeführt wurde. Solche Systeme sollen helfen, Ressourcen nachhaltiger zu bewirtschaften, damit Umwelt und Klima zu schonen und gleichzeitig Betriebskosten zu sparen. Die Zertifizierung der teilnehmenden Betriebe bedeutet einen zusätzlichen Qualitäts- und Wettbewerbsfaktor: Bisher haben 34 Hamburger Betriebe ein QuB-Zertifikat. Die QuB-Qualifizierung wird im Rahmen UmweltPartnerschaft Hamburg gefördert.

**Umweltsenatorin Anja Hajduk:** „Hamburg setzt mit diesem QuB-Durchgang bundesweit Maßstäbe für eine praxis- und bedarfsgerechte QuB-Qualifizierung. Denn hier wurde in Zusammenarbeit mit der Hamburger ArbeitsschutzPartnerschaft der Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz eine zusätzliche Arbeitsschutzschulung entwickelt und erprobt, die zukünftig bundesweit auch anderen QuB-Betrieben zu Gute kommen wird. Mit diesem neuen QuB-Schulungskonzept erhalten kleine Betriebe ein Paket zu Qualitätsmanagement, Umwelt- und Arbeitsschutz. Die bisherigen Erfahrungen - beim Flughafen Hamburg, bei Airbus oder bei der Mietergenossenschaft Gartenstadt Farmsen zeigen, dass Betriebe, die QuB-zertifiziert sind, dort damit auch gut punkten können.“

**Peter Becker, Präsident der Handwerkskammer Hamburg:** „Neben einem effizienteren Ressourceneinsatz bringt der erweiterte Lehrgang mehr Rechtssicherheit für unsere Betriebe. Wir werden darum unsere Bemühungen weiter intensivieren, unseren Mitgliedsbetrieben die Einführung von QuB ans Herz zu legen.“

Zertifiziert wurden heute die Firmen: Bergedorfer Impuls, Dietschmann & Hebold, Haase & Ruther, Heinrich Quast, Joachim Bastian, die Tischlerei Schmekal, Uwe Neuling Haustechnik und die Kindertagesstätte St. Michael.

**Kontakt:**

Behörde f. Stadtentwicklung und Umwelt, Volker Dumann,  
040-428.40-3249 oder -3063, - 2051, 2058, [volker.dumann@bsu.hamburg.de](mailto:volker.dumann@bsu.hamburg.de)

27. November 2008/bsg27

## Wenn aus Spiel Sucht wird

### Hamburg startet mit „Automatisch verloren“ weitere Kampagne zur Bekämpfung von Glücksspielsucht

Für viele Menschen sind Glücksspiele ein unterhaltsamer Zeitvertreib, der Spannung und Vergnügen bedeutet. Wenn der Nervenkitzel und die Sehnsucht nach dem großen Gewinn aber zum alles beherrschenden Motiv werden und das Spielen exzessiven Charakter annimmt, besteht die Gefahr einer Abhängigkeit. Die Zahl der in Hamburg lebenden abhängigen Glücksspieler wird auf 5.000 bis 8.000 geschätzt, Tendenz steigend. Dennoch suchen nur rund 500 Betroffene oder deren Angehörige pro Jahr Hilfe in den Hamburger Beratungsstellen.

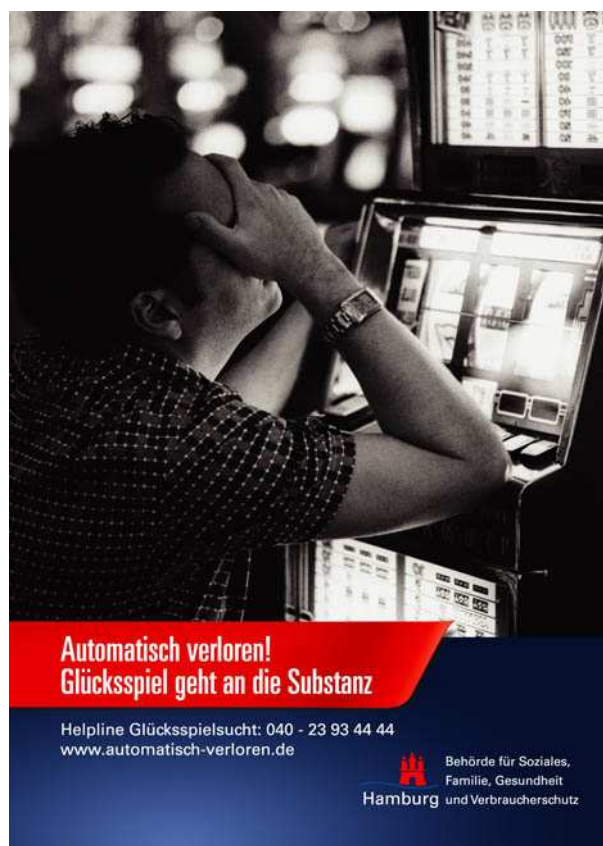
„Krankhaftes Glücksspiel wird weniger wahrgenommen als andere Abhängigkeiten wie Alkohol- und Drogensucht. Daher sind auch die Präventions- und Hilfeangebote weniger bekannt“, so **Gesundheitssenator Dietrich Wersich**. „Dabei ist der angerichtete Schaden oft immens: für die Betroffenen, ihre Familien oder sogar Firmen, die in den Ruin getrieben werden. Betroffene brauchen deshalb Unterstützung im Kampf gegen ihre Sucht. Wir haben in Hamburg Stellen, die schnell und unbürokratisch diese Hilfe bieten können. Auf diese wollen wir aufmerksam machen.“

Die Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz startet gemeinsam mit der Hamburgischen Landesstelle für Suchtfragen e.V. in dieser Woche die zehntägige dritte Staffel der Kampagne zum Thema Glücksspielsucht. Wie bereits im vergangenen Jahr liegt der Schwerpunkt wieder auf dem Thema Automatenspielsucht, da rund 80 Prozent aller pathologischen Spieler ein Problem mit dieser Form des Glücksspiels haben.

Neu in diesem Jahr ist der Slogan der Kampagne: „Automatisch verloren“ verknüpft den Hinweis auf das Automatenglücksspiel mit der Tatsache, dass „die Bank“ unabhängig von der Glücksspielart immer gewinnt. Je höher der Einsatz desto höher fällt auch die Wahrscheinlichkeit von Verlusten aus. Mit der Zusatzaussage „Glücksspiel geht an die Substanz“ soll nicht nur der finanzielle Verlust, sondern auch die psychische und physische Belastung von Glücksspielsüchtigen und deren Angehörigen thematisiert werden.

Im Rahmen der Kampagne werden 25.000 Infocards über Behörden, Beratungsstellen und direkt im Stadtgebiet, außerdem 15.000 Extracard-Flyer in Kneipen und Gaststätten verteilt. Zudem werden rund 1.000 Plakate an öffentlichen Aushängen und Litfaßsäulen sowie 500 Seitenscheibenplakate in der Hamburger U-Bahn über die zentrale Helpline Glücksspielsucht unter 040 – 23 93 44 44 informieren und oder auf das Internetangebot unter [www.automatisch-verloren.de](http://www.automatisch-verloren.de) verweisen. Dort stehen weitere Informationen zu wohnortnahen Beratungsangeboten bereit.

Außerdem steht dort das abgebildete Kampagnen-Motiv „Automatisch verloren! Glückspiel geht an die Substanz“ zum Download zur Verfügung.



#### **Für Rückfragen der Medien:**

Rico Schmidt,  
Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz  
Tel: (040) 4 28 63 - 34 78, Fax: (040) 4 28 63 - 38 49,  
E-Mail: [pressestelle@bsg.hamburg.de](mailto:pressestelle@bsg.hamburg.de), Internet: [www.hamburg.de/bsg](http://www.hamburg.de/bsg)

27. November 2008/bwf27

## **Meeres- und Klimaforschung als zentrale Zukunftsthemen der norddeutschen Länder**

### **Norddeutsche Wissenschaftsminister schließen Vereinbarung zu neuem Forschungsschiff**

Die Norddeutschen Wissenschaftsminister aus Bremen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Hamburg haben heute in Delmenhorst vereinbart, die gemeinsamen Ziele in der Wissenschafts- und Forschungspolitik fortzuschreiben. Im Mittelpunkt der Konferenz standen die Meeres- und Klimaforschung.

Die Minister unterschrieben eine Verwaltungsvereinbarung zum Bau und Betrieb eines Tiefseeforschungsschiffs als Nachfolgeschiff der „Sonne“, das im Heimathafen Wilhelmshaven liegen wird. Hamburg wird sich am Forschungsschiff prozentual beteiligen. Die Hauptlast der rund 110 Mio. Euro trägt der Bund.

**Hamburgs Wissenschaftsstaatsrat Bernd Reinert:** „Bereits heute ist Norddeutschland in der Meeres- und Klimaforschung gut aufgestellt. Die Hamburger Hochschulen und die in Hamburg ansässigen Forschungseinrichtungen, wie das Max-Planck-Institut für Meteorologie, das Zentrum für Meeres- und Klimaforschung, das Zentrum für Marine und Atmosphärische Wissenschaften oder das Deutsche Klimarechenzentrum leisten entscheidende Beiträge. Jetzt gilt es, die Förderung der deutschen Meeresforschung in enger Abstimmung miteinander weiter auszubauen, um sie auch auf europäischer und internationaler Ebene noch sichtbarer zu machen. Eine leistungsfähige Infrastruktur mit einer weltweit operierenden Forschungsflotte ist dabei eine zentrale Voraussetzung. Denn die Auswirkungen des Klimawandels machen vor Hamburg nicht halt. Es muss in unserem ureigensten Interesse liegen, sie zu untersuchen. Das neue Forschungsschiff wird dazu beitragen, Grundlagen für gesamtgesellschaftliche Entscheidungen in Reaktion auf den Klimawandel zu liefern.“

Auf Ihrer Tagung befassten sich die Minister gemeinsam mit Wissenschaftlern und Vertretern der deutschen Meeresforschung besonders mit Trends der wissenschaftlichen Entwicklung und dem zukünftigen Bedarf an Infrastruktur. Sie sprachen sich für den Erhalt der föderalen

Struktur und die Vielfalt der Meeresforschungseinrichtungen in Norddeutschland aus. Kooperationen der norddeutschen Länder sollen dazu beitragen, die vorhandenen Strukturen zu stärken und weiter auszubauen.

Die Norddeutschen Länder vereinbarten, sich weiterhin gegenseitig über laufende und geplante Klimaforschungsprojekte zu unterrichten sowie Forschungsaktivitäten abzustimmen, um Synergien zu schaffen und die Klimaforschung der norddeutschen Universitäten und außeruniversitären Forschungseinrichtungen weiter zu stärken. Besonderes Augenmerk soll dabei der regionalen Klimaforschung gelten.

**Kontakt:**

Behörde für Wissenschaft und Forschung, Pressestelle, Tel.: 040 42863 - 2322,

E-Mail: [pressestelle@bwf.hamburg.de](mailto:pressestelle@bwf.hamburg.de), [www.bwf.hamburg.de](http://www.bwf.hamburg.de)

26. November 2008/bksm26

## Durchbruch bei den Verhandlungen

### Elbphilharmonie Hamburg Bau KG hat Nachtragsvereinbarung mit Hochtief und Herzog & de Meuron unterzeichnet

Nach mehrmonatigen Verhandlungen haben sich die Elbphilharmonie Hamburg Bau KG und das Bauunternehmen Hochtief über die Mehrkosten des Bauvorhabens Elbphilharmonie geeinigt. Die Elbphilharmonie Hamburg Bau KG zahlt insgesamt 137 Mio. Euro netto an Hochtief.

Bestandteil der Einigung ist auch ein neuer Terminplan, der die bauliche Fertigstellung zu Ende November 2011 vertraglich festschreibt. Es ist in intensiven Verhandlungen mit Hochtief und den Architekten Herzog & de Meuron gelungen, Terminplan und vereinbarte Planliefertermine verbindlich zu machen. Damit liegt erstmals ein zwischen allen Beteiligten abgestimmter und synchronisierter Terminplan vor. Das Fehlen einer solchen Vereinbarung hatte sich in der Vergangenheit als Hindernis für einen effektiven Baufortschritt herausgestellt.

Die Einigung mit Herzog & de Meuron und die deutliche personelle Verstärkung bei ReGe und Projektsteuerung verursacht Baunebenkosten in Höhe von 30 Mio. Euro. Die auf die Einigung entfallende Umsatzsteuer ist mit 22 Mio. Euro kalkuliert. Zusätzlich wird ein Budget für Unvorhergesehenes in Höhe von 20 Mio. Euro eingerichtet. Die Veränderungen im Bau und die Verlängerung der Baufinanzierung führen zu einer Steigerung der Unterhaltungskosten um durchschnittlich ca. 1,7 Mio. Euro jährlich in den nächsten zwanzig Jahren.

Senatorin Prof. Dr. Karin von Welck begrüßte die Einigung mit allen Vertragsparteien: „Die Einigung ist notwendig und sinnvoll, auch wenn sie in der Höhe nicht erfreulich ist. Sie ist notwendig, um für die Zukunft Kosten- und Planungssicherheit zu erlangen. Und sie ist sinnvoll: Sowohl die Geschäftsführung der ReGe als auch Bauausschuss und Aufsichtsrat teilen meine Auffassung, dass wir nun die größtmögliche Kosten- und Terminalsicherheit erreicht haben.“

#### Für Rückfragen:

Susanne Frischling  
Pressesprecherin der Behörde für Kultur, Sport und Medien  
040 – 428 24 207

[susanne.frischling@bksm.hamburg.de](mailto:susanne.frischling@bksm.hamburg.de)

oder

Ilka v. Bodungen  
Pressesprecherin der Behörde für Kultur, Sport und Medien  
040 – 428 24 293

[Ilka.vonbodungen@bksm.hamburg.de](mailto:Ilka.vonbodungen@bksm.hamburg.de)

27. November 2008/jb27

## Verabschiedung von Kai-Volker Öhlich als Landgerichtspräsident

**Justizsenator Dr. Till Steffen hat heute den scheidenden Präsidenten des Landgerichts Kai-Volker Öhlich (65) in den Ruhestand verabschiedet.**

Kai-Volker Öhlich trat im Jahr 1972 in den Justizdienst der Freien und Hansestadt Hamburg ein. Zunächst war er als Richter am Landgericht tätig, bevor er 1983 an das Oberlandesgericht wechselte. In den Jahren 1991/92 unterstützte Kai-Volker Öhlich dann den Aufbau der Justiz in Mecklenburg-Vorpommern. Im Mai 1997 wurde er zum Vizepräsidenten und im Juni 2002 zum Präsidenten des Landgerichts ernannt. Am Landgericht leitete er in den letzten Jahren eine Strafkammer für Jugendsachen.

### **Justizsenator Dr. Till Steffen:**

„Kai-Volker Öhlich hat eine bemerkenswerte Flexibilität und Mobilität innerhalb der Justiz bewiesen. Er hat sich im richterlichen und administrativen Bereich immer wieder neue Aufgaben und Herausforderungen gesucht und hervorragend gemeistert. Besonders möchte ich hier seinen Einsatz für den Justizaufbau nach der Vereinigung Deutschlands hervorheben.“

### **Rückfragen an:**

Thorsten Fürter · Tel: 42843-3143 · Mobil: 0172/4327953

[Thorsten.Fuerter@justiz.hamburg.de](mailto:Thorsten.Fuerter@justiz.hamburg.de)

27. November 2008/olg27

**Sperrfrist: 15.30 Uhr!**

## **Oberlandesgerichtspräsidentin Erika Andreß zur Verabschiedung des Landgerichtspräsidenten Kai-Volker Öhlrich**

Die Präsidentin des Hanseatischen Oberlandesgerichts Erika Andreß hob in ihrer heutigen Rede bei der Verabschiedung des Präsidenten des Landgerichts Hamburg Kai-Volker Öhlrich hervor:

*„Das Landgericht hatte in ihm einen Präsidenten, auf den es voll und ganz vertrauen konnte und der es mit seiner ganzen Erfahrung und mit seiner ganzen Hingabe sicher steuerte – durch schwere Zeiten und durch die wenigen entspannten. Man konnte sich darauf verlassen, dass beim Landgericht ernstlich nichts anbrennen würde und er nüchtern und klar die Dinge in der Hand hatte. Seine unprätentiöse Beharrlichkeit in der Umsetzung von Neuerungen und in der Personalpolitik wird den Gerichten fehlen.“*

Kai-Volker Öhlrich arbeitete seit 1972 im höheren Justizdienst der Freien und Hansestadt Hamburg. Zunächst war er als Richter am Landgericht tätig. 1983 wechselte er an das Hanseatische Oberlandesgericht. Dort war er u. a. für die Einstellung von Richtern auf Probe der Ordentlichen Gerichtsbarkeit zuständig. In den Jahren 1991/92 unterstützte er den Aufbau der Justiz in Mecklenburg-Vorpommern. Im Mai 1997 wurde er zum Vizepräsidenten am Landgericht und im Juni 2002 zum Präsidenten des Landgerichts ernannt. Dort leitete er zudem eine Große Strafkammer für Jugendsachen.

Das Landgericht Hamburg hat rund 500 Beschäftigte, darunter rund 220 Richterinnen und Richter, die in über 100 Spruchkörpern arbeiten. Zuständig ist das Gericht für erstinstanzliche straf- und zivilrechtliche Streitigkeiten, aber auch für Berufungsverfahren.

### **Rückfragen:**

Sabine Annette Westphalen  
Tel.: 040/42843-2017/Fax: 040:42843-4183  
eMail: [Pressestelle@olg.justiz.hamburg.de](mailto:Pressestelle@olg.justiz.hamburg.de)



## Terminkalender

Vom 1. Dezember bis 7. Dezember 2008

Die Hinweise dienen nur zur Information; sie gelten nicht als Einladung. Auskünfte über Fototermine und Möglichkeiten der Berichterstattung werden unter der Rufnummer 428 31 - 2182/2183 erteilt.

### Montag, den 01.12.2008

- 10:00** Rathaus, Festsaal  
Senator Dietrich Wersich begrüßt die Gäste zum **Senatsempfanges** **anlässlich des „Welt-AIDS-Tags“** mit einem Grußwort.
- 15:00** Behörde für Kultur, Sport und Medien, Hohe Bleichen 22  
Staatsrat Reinhard Stuth empfängt den **schwedischen Honrarkonsul Leif Arne Larsson** zum Gespräch.
- 15:00** Rathaus, Festsaal  
Senator Dietrich Wersich ehrt die diesjährigen **Blutspender mit einem Senatsempfang** und hält ein Grußwort
- 15:15** Behörde für Kultur, Sport und Medien, Hohe Bleichen 22  
Senatorin Prof. Dr. Karin v. Welck empfängt die Freiwilligen des **FSJ (Freiwilliges Soziales Jahr) Kultur 2008/2009**.
- 16:00** Schloss Ludwigsburg, Schlosstraße 30  
Senator Dr. Till Steffen nimmt auf Einladung des Ministerpräsidenten und Justizministers des Landes Baden Württemberg **anlässlich des 50-jährigen Bestehens der Zentralen Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung der nationalsozialistischen Verbrechen am Festakt** im Ordenssaal des Ludwigsburger Schlosses teil.
- 18:00** Bremen, Kirche Unserer Lieben Frauen, Kirchhof 27  
Senatorin Prof. Dr. Karin v. Welck hält ein Grußwort **anlässlich des Jahresempfangs des Kirchenausschusses der Bremischen Evangelischen Kirche**.
- 19:00** Planetarium Hamburg  
Senatorin Anja Hajduk spricht ein Grußwort **anlässlich des „IBA Forum – Metropole: Ressourcen“**.

### Dienstag, den 02.12.2008

- ganztätig** Israel  
Staatsrat Carsten-Ludwig Lüdemann reist **vom 02. – 04.12.2008 nach Israel**. Er nimmt in **Anwesenheit des israelischen Ministerpräsidenten Shimon Peres an der Grundsteinlegung zur Erweiterung des Hamburg Hauses (Gästehaus des Ben-Gurion College in Sde Boker)** teil. Außerdem nimmt er teil an einer **Kranzniederlegung am Grab von David Ben Gurion**.
- 09:00** CCH

Senator Axel Gedaschko eröffnet die **33. Intermodal Conference 2008**.

- 14:00** Georg-Asmussen-Haus, Böckmannstraße 4  
Bürgermeisterin Christa Goetsch nimmt an der **Konferenz „Schulreform und was geschieht mit unserer Arbeit?“** teil und hält ein Grußwort.
- 16:00** Wehrbereichsverwaltung Nord, Feldstraße 234, 24106 Kiel  
Staatsrat Dr. Stefan Schulz nimmt am **Jahresempfang der Bundeswehr** teil.
- 16:00** Hochschule für Angewandte Wissenschaften (HAW), Berliner Tor 21, Hamburg  
Senatorin Dr. Herlind Gundelach spricht ein Grußwort anlässlich des **60. Geburtstages des Präsidenten der HAW, Prof. Dr. Michael Stawicki**.
- 17:30** Technische Universität Hamburg-Harburg, Schwarzenbergstr. 95, anschließend im Foyer des Northern Instituts of Technologie, Kasernenstr. 12  
Staatsrat Bernd Reinert nimmt teil an der Feier zum **zehnjährigen Bestehen des NIT, Northern Instituts of Technologie**.
- 18:00** Foyer des Asien-Afrika-Instituts, Ostflügel des Hauptgebäudes der Universität, Edmund-Siemers-Allee 1  
Senatorin Dr. Herlind Gundelach spricht ein Grußwort anlässlich der **Feier „100 Jahre Afrika-Asien-Wissenschaften in Hamburg“**.  
Staatsrat Reinhard Stuth nimmt teil.
- 18:30** Rathaus, Großer Festsaal  
Senator Axel Gedaschko, Staatsrat Carsten Frigge und Staatsrat Dr. Stephan Hugo Winters nehmen teil am **2. Hamburger Logistik-Dinner und der Verleihung des HanseGlobe - Hamburgs Preis für nachhaltige Logistik**.

**Mittwoch, den 03.12.2008**

- 09:00** US Generalkonsulat, Hamburg  
Senator Christoph Ahlhaus spricht ein Grußwort anlässlich der **Sicherheitskonferenz „Law Enforcement Working Group“**.
- 10:00** Hamburger Rathaus, Phönixsaal  
Staatsrat Bernd Reinert spricht ein Grußwort anlässlich der **Eröffnung der „ScanBalt Executive Committee“-Tagung**.
- 11:00** Sandtorpark 2-6, Hafencity  
Bürgermeister Ole von Beust spricht anlässlich der **Grundsteinlegung des International Coffee Plaza**.
- 11:00** Messe „Du und Deine Welt“; Halle B 5  
Senator Dietrich Wersich beteiligt sich an einem **moderierten Gespräch zum Thema: „Die Nierenfunktion – eine Säule der Gesundheit“**, eine Veranstaltung der deutschen Nierenstiftung.
- 12:30** Hotel Le Royal Meridien, An der Alster 52-56  
Bürgermeisterin Christa Goetsch nimmt an den **Pausengesprächen des**

**Wirtschaftsrates** teil.

- 13:00** Ehemaliges Hauptzollamt in der Speicherstadt, Alter Wandrahm  
Senatorin Prof. Dr. Karin v. Welck begrüßt die Gäste des „**Städte- und Kulturforums des Deutschen Tourismusverbandes e.V.**“
- 14:00** Universität Hamburg, Fakultät f. Rechtswissenschaften  
Senator Dr. Till Steffen hält ein Grußwort anlässlich der **Veranstaltung der Aktionswoche Lehrreich.**
- 18:15** CCH  
Staatsrätin Dr. Angelika Kempfert eröffnet den **9. Kongress der Deutschen Interdisziplinären Vereinigung für Intensiv- und Notfallmedizin** mit einem Grußwort.
- 18:30** Rathaus, Kaisersaal  
Senatorin Prof. Dr. Karin v. Welck verleiht anlässlich des **Sportempfanges die Medaillen für Treue Arbeit im Dienste des Volkes** sowie den „**Ehrenpreis der Behörde für Kultur, Sport und Medien**“ für **hervorragende sportliche Erfolge.**
- Staatsrat Dr. Manfred Jäger nimmt teil.

**Donnerstag, den 04.12.2008**

- 10:00** Centrum für Angewandte Nanotechnologie, Grindelallee 117  
Staatsrat Bernd Reinert spricht ein Grußwort anlässlich der **Übergabe der Trophäe „ausgewählter Ort im Land der Ideen“ an das CAN, Centrum für Angewandte Nanotechnologie.**
- 12:00** Ausstellung „Du und Deine Welt“ Messehallen, Hamburg  
Senator Christoph Ahlhaus stellt das **Modell „Graffiti – Präventionsunterricht an Schulen“** vor.
- 12:00** Feuerwehr Sasel, Saseler Kamp 2, 22393 Hamburg  
Staatsrat Dr. Stefan Schulz spricht ein Grußwort **zur Einweihung des Anbaus der Feuerwehr Sasel.**
- 16:00** Messe „Du und Deine Welt“  
Senator Dietrich Wersich verleiht die „**Zitronenjette**“. **Der Preis wird von der „Hamburg Messe“ an verdiente Mitglieder des Landesfrauenrates vergeben, die sich ehrenamtlich für Frauen eingesetzt haben.**
- 17:00** NDR, Rothenbaumchaussee 132, Großer Sitzungssaal  
Senator Dietrich Wersich nimmt an der **Verabschiedung von Bernd Seguin** teil.
- 18:00** Großer Festsaal, Rathaus  
Bürgermeister Ole von Beust spricht anlässlich des **Senatsempfanges für ehrenamtliche Hamburgerinnen und Hamburger.**

**Freitag, den 05.12.2008**

- 09:30** Berlin, Bundesrat  
Bürgermeister Ole von Beust, Senator Dr. Till Steffen und Staatsrat Carsten-

Ludwig Lüdemann nehmen teil an der Sondersitzung des **Bundesrates** zu den Themen „Beschäftigungssicherung durch Wachstumsstärkung“, „Familienleistungsgesetz“ und „Erbrechtssteuerreform“.

- 11:00** Ehem. Plenarsaal des Deutschen Bundestages, Platz der Vereinten Nationen, 53113 Bonn  
Staatsrat Dr. Stefan Schulz nimmt an dem **Festakt „50 Jahre Zivil- und Bevölkerungsschutz in der BRD“** teil.
- 11:00** Großer Festsaal  
Bürgermeister Ole von Beust, Bürgermeisterin Christa Goetsch, Senator Christoph Ahlhaus, Senatorin Anja Hajduk, Senator Axel Gedaschko, Staatsrat Carsten Frigge Staatsrat Dr. Stephan Hugo Winters Staatsrätin Dr. Angelika Kempfert nehmen teil am **Empfang anlässlich des 60. Geburtstages des Präsidenten der Hamburgischen Bürgerschaft, Berndt Röder.**
- 11:00** Diakonie-Klinikum, Hohe Weide / Ecke Bundesstraße  
Senator Dietrich Wersich hält ein Grußwort anlässlich der **Grundsteinlegung des Diakonie-Klinikums.**
- 11:00** TuTech Innovation GmbH, Harburger Schlossstr. 6-12  
Staatsrat Bernd Reinert spricht ein Grußwort anlässlich der **Schlusskonferenz des ReMaT-Projektes „Today’s research training – does it meet tomorrow’s needs?“.**
- 17:00** Großer Festsaal, Rathaus  
Bürgermeister Ole von Beust spricht anlässlich der **5. Einbürgerungsfeier.** Senator Ahlhaus und Senator Dietrich Wersich nehmen teil.
- 17:00** DESY Hörsaal, Notkestraße 85, Hamburg  
Senatorin Dr. Herlind Gundelach spricht ein Grußwort anlässlich der **Verabschiedung von Prof. Rolf-Dieter Heuer, dem Direktor für Teilchenphysik und Astroteilchenphysik beim Deutschen Elektronen-Synchrotron DESY.**
- 18:00** US Generalkonsulat, Hamburg  
Senator Ahlhaus ist Gast beim diesjährigen **„Christmas tree lighting“.**
- Samstag, den 06.12.2008**
- 08:45** Color Regionalsporthalle Wandsbek, Rüterstraße  
Staatsrat Dr. Manfred Jäger hält ein Grußwort anlässlich der **Deutschen Mannschaftsmeisterschaft im Judo der Männer und Frauen.**
- 15:00** Color Line Arena  
Staatsrat Dr. Manfred Jäger besucht das Spiel **HSV Handball – vs. Rhein-Neckar Löwen.**
- Sonntag, den 07.12.2008**
- 18:00** Staatsoper, Große Theaterstr. 25  
Senatorin Prof. Dr. Karin v. Welck und Staatsrat Dr. Manfred Jäger besuchen die **Premiere des Balletts „La Sylphide“ von Pierre Lacotte.**